

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 83.

Sonntag den 24. März.

1850.

Bekanntmachung.

Es ist neuerlich wahrzunehmen gewesen, daß den bestehenden münzpolizeilichen Vorschriften zuwider verbotene Goldmünzen, namentlich weniger als 65 As wiegende, folglich das Passirgewicht nicht erreichende Ducaten, fortwährend in Umlauf gesetzt, im Handelsverkehr als Zahlung ausgegeben und eigens zu diesem Zwecke gesucht und eingewechselt werden. Die Königl. Kreis-Direction hält sich für verpflichtet, hierauf aufmerksam zu machen und bringt zugleich die fraglichen Bestimmungen des Gesetzes wegen Bestrafungen der münzpolizeilichen Uebertretungen vom 22. Juli 1840 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1840. Seite 181.) und beziehentlich der Verordnung vom 8. September 1841 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1841. Seite 227.) in Erinnerung.

1) Münzen, deren Umlauf in hiesigen Landen durch ausdrückliches Verbot untersagt ist, unterliegen, wenn sie zur Zahlung im Inlande eingebracht oder angeschafft werden, der Confiscation und sind von den Behörden gegen Vergütung des Werthes zum Einschmelzen an die Münzstätte abzugeben.

2) Ueberdies hat derjenige, welcher sich des Einbringens oder Ausgebens solcher verbotenen Münzen schuldig macht, eine dem vierfachen Betrags resp. des Nennwerths der eingebrachten Münzen oder des Werths, für welchen sie ausgegeben worden sind, gleichkommende Geldstrafe zu erlegen. Letztere ist in Wiederholungsfällen an noch durch ein- bis achtwöchentliches Gefängniß zu verschärfen. Personen, welche dieses Vergehen gewerbmäßig betreiben, sind nach §. 299 des Criminalgesetzbuchs zu bestrafen.

3) Denen, die im Besitze verbotener Münzen sind, ist gestattet, sich derselben entweder durch Ablieferung an die Münzstätte oder im Wege des Geldwechselverkehrs zu entledigen; allein auch den Geldwechslern ist bei ihrem Geschäfte die Wiederausgabe verbotener Münzen keineswegs erlaubt, sondern dieselben haben sich solcher Münzen lediglich durch die Ablieferung an die Münzstätte zu Dresden oder nach Befinden durch den Verkauf al marco zu entledigen.

Leipzig den 20. März 1850.

Königliche Kreis-Direction.
von Borschem.

Friedrich.

Landtag.

Zweihundvierzigste öffentliche Sitzung der 1. Kammer
am 22. März.

Nachdem in der heutigen Sitzung die provisorische Zulassung des zum Abgeordneten gewählten Adv. Graichen aus Leipzig genehmigt und der Abg. Buhl als Ersatzmann in den Beschwerdeausschuß gewählt worden war, folgte die Berathung und Beschlussfassung über den Bericht, die Beschwerde des zum Abgeordneten gewählten Dr. med. Theile wegen dessen von dem Stadtgericht zu Dresden fortwährend verfügter Haft betreffend. Die Majorität des Beschwerdeausschusses hatte folgende Anträge gestellt: 1) „die Kammer wolle ihre Ansicht gegen die Staatsregierung dahin aussprechen, daß der Abg. Dr. Theile durch seine bereits vor dem Beginne des Landtags erfolgte Verhaftung an sich der im §. 84. der Verf.-Urk. den Abgeordneten gewährleisteten Unverletzlichkeit während der Dauer des Landtags nicht verlustig geworden sei;“ 2) „daß sie sich vielmehr das Recht vindicire darüber, daß die Fortdauer der Haft des Dr. Theile als gerechtfertigt zu betrachten sei, zu cognosciren“, und es 3) „mißbilligen müsse, daß das Untersuchungsgericht es unterlassen habe, die Kammer auf verfassungsmäßigem Wege in Kenntniß zu setzen, aus welchen Gründen die Fortdauer der Haft des Dr. Theile als gerechtfertigt sich darstelle“, daher 4) „an die Staatsregierung den Antrag zu stellen, das Stadtgericht zu Dresden durch das Justizministerium anzuweisen zu lassen, daß es die Kammer auf verfassungsmäßigem Wege unter Ueberreichung der Acten in Kenntniß setze, welche Gründe dasselbe dafür, daß der Abg. Dr. Theile nicht sofort seiner Haft entlassen werden könne, anzuführen wisse.“ Eine Minorität des Ausschusses, der Referent Abg. Jungnickel, hatte folgenden, noch weiter gehenden Antrag zur Annahme empfohlen: „Die Kammer wolle 1) ihre Ansicht gegen die Staatsregierung dahin aussprechen, daß der Abg. Dr. Theile durch seine bereits vor dem Beginn des Landtags erfolgte Verhaftung der im §. 84. der Verf.-Urk. den Abgeordneten gewährleisteten Unverletzlichkeit während der Dauer des Landtags nicht verlustig

geworden sei, und daher 2) an die Staatsregierung den Antrag zu richten, durch das Justizministerium die Entlassung des Abg. Dr. Theile aus der Haft anordnen zu lassen.“ Im Gegensatz zu diesen Anträgen brachte im Laufe der Debatte der Abg. v. Biedermann im Sinne der Regierung folgenden Antrag ein: „Die Kammer wolle beschließen, daß die Beschwerde des Dr. Theile für ungegründet zu erachten sei.“ Zwischen diese beiden Gegensätze kam später noch der Vermittlungsantrag des Abg. Mehler, dahin gehend, die Staatsregierung zu ersuchen, das Stadtgericht zu Dresden mit Anweisung zu versehen, die Zustimmung der Kammer zu der fernern Inhaftirung des Abg. Dr. Theile, unter Ein- sendung der betreffenden Untersuchungsacten, einzuholen. Der Zweck der Ausschusssanträge, sowohl in ihrer Majorität als Minorität, ging offenbar dahin, eine im Sinne der demokratischen Partei ausfallende Interpretation des §. 84. der Verf.-Urk. herbeizuführen. Gegen die Ausschusssanträge sprachen sich daher mehr oder weniger entschieden aus: Prinz Johann, Staatsminister Dr. Schinsky, v. Biedermann, Mehler, Küttner, Vicepräsident Schenk und Poppe. Sie wurden dagegen vertheidigt, außer dem Referenten Jungnickel, von dem Secretair Meißel, den Abgg. Kresschmar, Dr. Meißner, Graichen und Unger, welcher Letztere unter Anderm anführte, daß in neuerer Zeit noch in der Lausitz ein Mann 17 Jahre in Untersuchungshaft sich befunden habe, was jedoch Vicepräsident Schenk dahin modificirte, daß es Wechselhaft gewesen sei; da jedoch der Abg. Unger auf seiner Aussage beharrte, so wurde er von dem Staatsminister Dr. Schinsky aufgefordert, dem Justizministerium über den Vorfall nähere Mittheilungen zu machen. Bei der Abstimmung ward endlich der Biedermannsche Antrag mit 28 gegen 17 Stimmen abgeworfen, dagegen der Minoritätsantrag in Punct 1. mit 25 gegen 20, und in Punct 2. mit 23 gegen 22 angenommen. Die übrigen Anträge wurden damit für erledigt erachtet. Die nächste Sitzung ist morgen den 23. März.